

10 Fakten

zur Angebotspolitik

Angebotspolitik schafft Wachstum durch mehr Produktion

Angebotspolitik ist ein Begriff aus der Volkswirtschaft. Sie umfasst sämtliche Maßnahmen eines Unternehmens oder Staates, um die Menge und Qualität von Gütern und Dienstleistungen zu erhöhen. Der Fokus liegt also auf der Förderung der Produktion und einer effizienteren Wirtschaft statt auf der Stützung der Nachfrage. Der Staat organisiert dafür gute Rahmenbedingungen und hat darüber hinaus keine aktive Rolle.

Bessere Bedingungen sind beispielsweise Anreize für Investitionen in Maschinen, Anlagen und IT sowie in Bildung, Forschung und Entwicklung, weniger Regulierung und Bürokratie sowie niedrigere Steuern und Abgaben. Eine höhere Produktion und

damit ein größeres Angebot führt – wegen sinkender Preise – auch zu weniger Inflation, mehr Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und einer höheren Wettbewerbsfähigkeit – und damit zu mehr Wohlstand für alle.

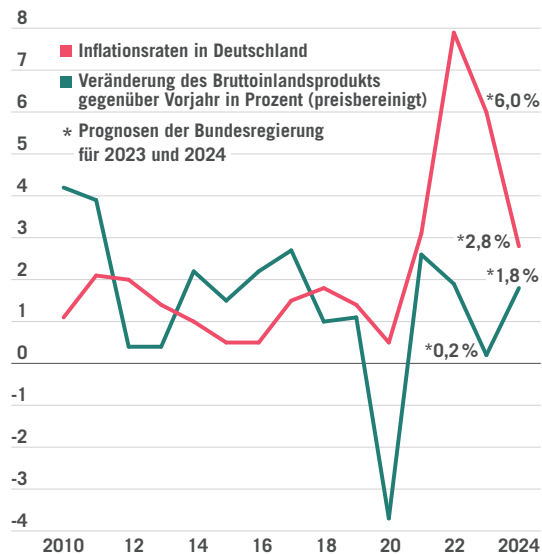
Die Idee der „Supply-Side Economics“ (engl. für Angebotspolitik) ist in den 1970er Jahren in den USA entstanden. Als geistige Väter gelten der kanadische Ökonomie-Professor Robert A. Mundell (1932–2021), der an der Columbia University in New York wirkte, und sein Mitarbeiter, der US-Ökonom Arthur Laffer (*1940).

Fakt 1: Hohe Inflation und schwaches Wachstum sind Realität.

Corona, gestörte Lieferketten, Ukraine-Krieg, hohe Energiepreise – zahlreiche Krisen haben die Inflation in Deutschland in lange nicht gekannte Höhen getrieben. Hatte die Inflationsrate von 2010 bis 2020 meist deutlich unter 2 Prozent gelegen, erreichte sie 2022 einen Wert von 7,9 Prozent¹. Das bedeutete den schlimmsten Preisschock seit Bestehen der Bundesrepublik. Experten rechnen ab 2024 mit einem deutlichen Rückgang der Inflation.

Die Wirtschaft hat sich 2022 zwar robuster gezeigt als erwartet – doch im vierten Quartal sank das BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,4 Prozent. Bei hohen Inflationsraten und einer zugleich schwachen wirtschaftlichen Entwicklung spricht man von Stagflation. Um diese zu beenden, ist eine Rückkehr zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik geboten: Eine Ausweitung des Angebots an Waren und Dienstleistungen nimmt den Preisdruck und gibt positive Impulse für das Wirtschaftswachstum.

Verbraucherpreise und Wirtschaftswachstum.



¹Basis 2015. Das Statistische Bundesamt stellt seit Januar 2023 bei der Berechnung der Verbraucherpreise auf das Basisjahr 2020 um (bisher 2015). Nach der neuen Methodik betrug die Inflationsrate für 2022 6,9 Prozent. Im Januar 2023 waren die Verbraucherpreise um 8,7 Prozent höher als im Januar 2022. Gegenüber Dezember 2022 stiegen die Verbraucherpreise um 1,0 Prozent.

Fakt 2: Energiepolitische Herausforderungen bleiben groß.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat für einen Angebotsschock am Energiemarkt gesorgt. Die Bundesregierung steuert dagegen, etwa durch den Import von Flüssiggas (LNG). Dank eines milden Winters und Einsparungen vor allem in der Industrie hat sich die Lage auf den Energiemärkten ein wenig beruhigt, doch die Preise sind immer noch deutlich höher als vor Kriegsausbruch und belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit enorm.

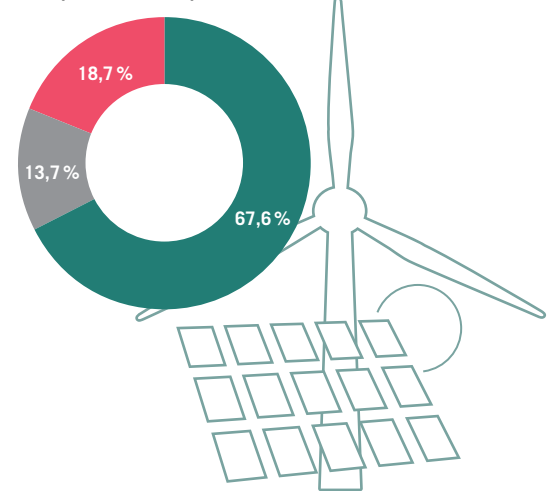
Die angestrebte Klimaneutralität der Wirtschaft erfordert darüber hinaus zuvorderst den Ausbau der erneuerbaren Energien. Dafür gilt es, Genehmigungs- und Planungsverfahren weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der schnelle Bau der LNG-Terminals kann hier Vorbild sein. Eine von der INSM beauftragte Umfrage zeigt, dass die Deutschen einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien mehrheitlich (fast 68 Prozent) positiv bewerten.

Bürger befürworten einen schnelleren

Ausbau der erneuerbaren Energien.

So viel Prozent der Befragten antworteten auf die Frage, wie sie einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Bundesregierung bewerten würden, mit ...

■ ... positiv und eher positiv ■ ... unentschieden ■ ... negativ



Befragung von 5.005 Personen in Deutschland am 21. und 22.02.2023

Quelle: Civey, 2023

Fakt 3: Babyboomer-Verrentung reißt Arbeitskräftelücke.

Viele Unternehmen in Deutschland beklagen einen großen Arbeits- und Fachkräftemangel, zugleich ist die Arbeitslosigkeit gering und die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau. Zusätzlich werden bis Mitte der 2030er Jahre die geburtenstarken 1950er und 1960er Jahrgänge – die sogenannten Babyboomer – in Rente gehen. Bis 2036 werden dann fast 13 Millionen Menschen das Rentenalter überschritten haben, das entspricht knapp 30 Prozent des Arbeitskräfteangebots des Jahres 2021. Anreize zur Frühverrentung wie die Rente mit 63 verschärfen das Problem. 2021 erreichte die Zahl der Neurentnerinnen und -rentner, welche diesen Zugang zur Rente wählten, mit 268.957 fast wieder den Rekord von 2015. Zugleich stagniert der Trend, dass Menschen länger erwerbstätig sind. Eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit im höheren Alter würde das Arbeitsangebot erhöhen und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Es klafft

eine große Lücke.

Junge und ältere Erwerbstätige:



Arbeitskräftelücke: rund **500.000***

„Rücken“ nach

8,4 Millionen
junge Erwerbstätige
Altersgruppe:
15 bis 24 Jahre



Stand: 2020

*Bei 100-prozentiger Erwerbstätigkeit. Geht man von einer Erwerbstätigenquote von 82 Prozent aus, wie dies derzeit für die 25- bis 34-Jährigen zu beobachten ist, werden rund zwei Millionen Erwerbstätige fehlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

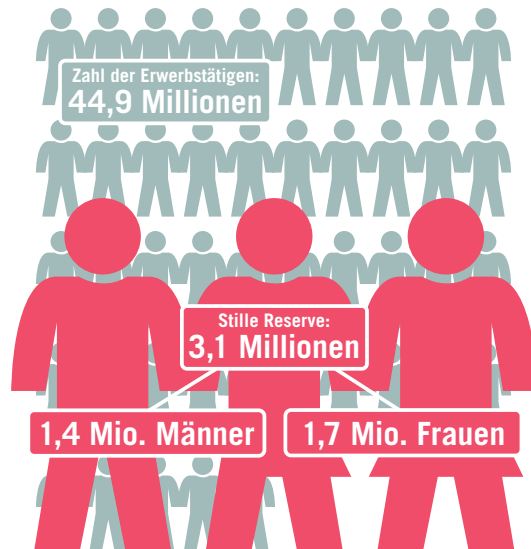
Fakt 4: Gut drei Millionen zusätzliche Arbeitskräfte sind möglich.

Unglaublich, aber wahr: 2021 wünschten sich in Deutschland gut 3,1 Millionen Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren Arbeit. Das sind immerhin 17 Prozent aller Nichterwerbspersonen. Dabei handelt es sich um Menschen ohne Arbeit, die zwar kurzfristig nicht für den Arbeitsmarkt verfügbar sind oder momentan nicht aktiv nach Arbeit suchen, sich aber trotzdem Arbeit wünschen. Sie gelten deshalb nicht als erwerbslos, sondern als sogenannte Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Die Gründe, trotz Arbeitswunsch nicht aktiv zu werden, sind beispielsweise Betreuungspflichten oder die subjektive Annahme, keine passende Tätigkeit finden zu können. Übrigens stellten im Jahr 2021 Frauen mit knapp 56 Prozent die Mehrheit der Stillen Reserve. 60 Prozent der Menschen in der Stillen Reserve hatten 2021 mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung oder die Hoch- oder Fachhochschulreife.

Stille Reserve:

So viele würden gerne arbeiten.

Zahl der Erwerbstätigen und der Stillen Reserve im Jahr 2021
in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023

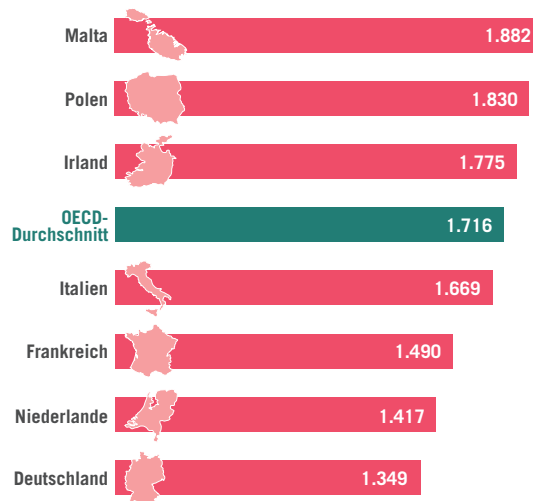
Fakt 5: In Deutschland wird vergleichs- weise wenig gearbeitet.

An den demografischen Trends kann die Politik kurzfristig wenig ändern: Die Gesellschaft altert, bald wird die Zahl der Erwerbstätigen stark zurückgehen. Das Arbeitskräfteangebot wird aber auch dadurch bestimmt, ob jemand sich überhaupt am Erwerbsleben beteiligt und wenn ja, in welchem Umfang. Was die jährlichen Arbeitsstunden je Erwerbstätigen angeht, hat Deutschland noch Luft nach oben: Im OECD-Vergleich kommt Deutschland auf den letzten Platz. Würden alle Erwerbstätigen in Deutschland eine Stunde pro Woche mehr arbeiten, entspräche dies annähernd 1,8 Millionen zusätzlichen Erwerbstätigen.

Jahresarbeitszeiten:

Große Unterschiede zwischen den Nationen.

Geleistete jährliche Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im Jahr 2021



Fakt 6: Der Faktor Arbeit wird in Deutschland zu hoch belastet.

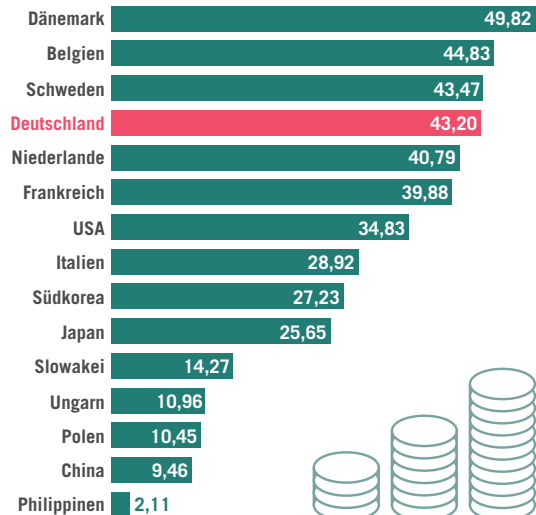
Im Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte aus aller Welt hat Deutschland ein Problem: die hohe Abgaben- und Steuerlast. Für 2021 weist die OECD für einen kinderlosen Single mit Durchschnittseinkommen Steuern und Abgaben von 37,8 Prozent des Einkommens aus. Nur Belgien belastet diesen Steuerzahlertyp mit 39,8 Prozent höher. In der Schweiz werden 17,9 Prozent fällig, im Schnitt der OECD sind es 24,6 Prozent. Die arbeitgeberseitige Belastung für den Single mit Durchschnittseinkommen liegt mit 48,1 Prozent in Deutschland noch darüber.

Würde die Steuer- und Abgabenlast gesenkt, würden die Unternehmen mehr Arbeitsplätze schaffen und den Arbeitnehmern bliebe netto mehr vom Brutto. Das erhöht auch die Attraktivität des Standorts Deutschlands für ausländische Arbeits- und Fachkräfte, auf die ohnehin schon hohe Sprachhürden und ein zu wenig digitalisiertes Land warten.

Arbeitskosten international:

Nur selten höher als in Deutschland.

Arbeitskosten je Stunde im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2021
in Euro, Länderauswahl



Quellen: Eurostat; ILO; US-Arbeitsministerium; Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft, 2021

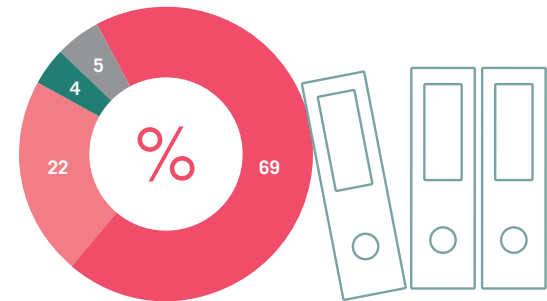
Fakt 7: Bürokratie und Regulierung verhindern Wachstum.

Ein Zuviel an Bürokratie und Regulierung behindert das Funktionieren des Staates. Deutschland muss dringend Bürokratie abbauen. Auch gilt es, den Trend zu stoppen, zunehmend Verwaltungskosten zu externalisieren, indem den Unternehmen immer mehr Berichts- und Informationspflichten sowie Aufgaben zur Umsetzung staatlicher Regeln aufgebürdet werden. Das dürfte inzwischen ein ernsthaftes Investitionshemmnis darstellen. Die Regel „One in, one out“, also pro neuer Regulierung eine andere abzuschaffen, erhält nur den Status quo. Vor allem Planungs- und Genehmigungsverfahren sind kaum mehr ohne anwaltliche Begleitung möglich. Die mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung ist ein weiteres Hemmnis. Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes ist klar gescheitert. Hier sollten bis Ende 2022 exakt 575 definierte Verwaltungsdienstleistungen bundesweit einheitlich digitalisiert werden. Geschafft wurden nur 105.

Planungs- und Genehmigungsverfahren:

Massive Kritik seitens der Unternehmen.

Auf die Frage: „Wenn es um Planungs- und Genehmigungsverfahren geht, wie sind Ihre Erfahrungen: Haben wir in Deutschland ausreichend kurze Planungs- und Genehmigungsverfahren, oder gibt es da kleinere oder größere Defizite?“ antworteten so viel Prozent wie folgt*



- Da gibt es größere Defizite
- Da gibt es kleinere Defizite
- Wir haben in Deutschland ausreichend kurze Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Unentschieden/keine Angabe

*Befragung von 544 privatwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland mit mindestens zehn Beschäftigten oder mehr als 2 Millionen Euro Umsatz pro Jahr
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, 2022

Fakt 8: Freihandel sichert Jobs und Wohlstand in Deutschland.

Das deutsche Wirtschaftsmodell beruht maßgeblich auf der starken Integration in die Weltwirtschaft. Im Jahr 2020 hing gut ein Viertel aller Arbeitsplätze in Deutschland vom Export ab. Ein freier Handel sorgt zudem für ein größeres Güter- und Dienstleistungsangebot, da Waren ohne zusätzliche Kosten wie Zölle importiert werden können. Allerdings gibt es in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen bislang beachtliche ungenutzte Potenziale. Durch ein Freihandelsabkommen etwa mit Indien – für das Land werden in den nächsten Jahren Wachstumsraten von über 6 Prozent erwartet – könnte die EU deutliche Wohlstandsgewinne einfahren.

Weitere Potenziale für den Freihandel liegen in bereits ausgehandelten Freihandelsabkommen der EU. Besonderes Gewicht hat hier der Mercosur-Wirtschaftsraum. So sind dessen Gründungsstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay wichtige Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft.

Freihandelsabkommen:

Da geht noch was.

EU ist Kanadas drittgrößter Handelspartner:	EU ist wichtigster Mercosur-Partner:	EU ist Indiens drittgrößter Handelspartner:
Warenhandel 53,3 Mrd. Euro 2020	EU-Warenexporte 45 Mrd. Euro 2021	Warenhandel 88 Mrd. Euro 2021



CETA	MERCOSUR	INDIEN	TTIP
Comprehensive Economic and Trade Agreement	Mercado Común del Sur	EU-Indien-Freihandelsabkommen	Transatlantic Trade and Investment Partnership
Kanada	Argentinien Brasilien Paraguay Uruguay	Indien	USA
	2019 Einigung auf Freihandels- abkommen		EU-USA- Freihandels- abkommen
seit 2017 vorläufig in Kraft	nicht in Kraft	in Verhandlungen	zunächst gescheitert

Fakt 9: Deutschland ist für Unternehmen ein Hochsteuerland.

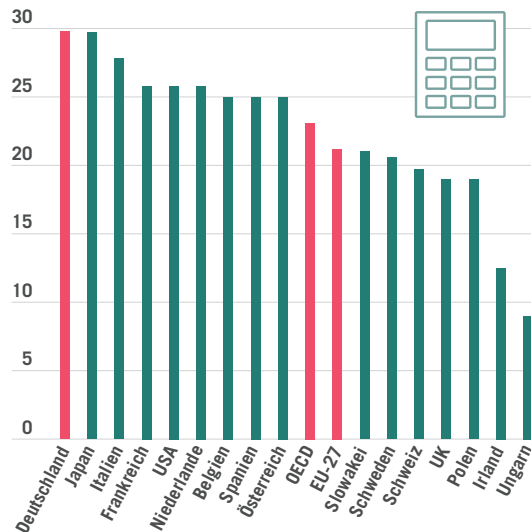
Immer mehr Bürokratie (siehe Lieferkettengesetz), ein bis dato nicht abgeschaffter Solidaritätszuschlag und fehlende Strukturreformen im Steuerrecht: Die Unternehmen müssen immer größere Belastungen schultern. Alarmierend ist das vor allem, weil die Steuerbelastung in anderen Ländern oft deutlich geringer ist.

Die nominale Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften liegt hierzulande im Mittel bei etwa 30 Prozent. Im OECD-Schnitt beträgt sie 23,1 Prozent, in der EU sogar nur 21,2 Prozent. Bei Personengesellschaften erreicht die Steuerbelastung in Deutschland bis zu 45 Prozent. Diese Nachteile machen sich bei Investitionsentscheidungen immer stärker bemerkbar, zumal Deutschland auch bei weiteren Standortfaktoren wie Energiekosten, Fachkräften, Digitalisierung und Infrastruktur zurückfällt. Dies gilt nicht nur im Vergleich zu den Nachbarländern, sondern auch gegenüber den USA.

Steuerbelastung im

internationalen Vergleich.

Nominale Ertragssteuerbelastung von Kapitalgesellschaften im Jahr 2022 in Prozent



Quelle: BDI auf Anfrage, 2023, mit OECD, EU-Kommission

Fakt 10: Frauen in MINT-Berufen: Großes Wachstumspotenzial.

Bildung ist und bleibt die Basis für heutigen und künftigen Wohlstand. Das gilt in besonderem Maße für ein an sonstigen Ressourcen wie etwa Bodenschätzen armes Land wie Deutschland. Anders gesagt: Gute Fachkräfte sind unser Kapital. Gerade im für die Innovationskraft zentralen Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (kurz: MINT) schlummern in Deutschland nicht gehobene Potenziale – bei den Frauen. Denn hierzulande ist die Geschlechterdiversität in der Technologielandschaft besonders gering. So liegt Deutschland mit einem Frauenanteil von 22 Prozent bei Bachelor-Abschlüssen in MINT-Fächern deutlich unter dem EU-Durchschnitt (32 Prozent).

In der EU arbeiten derzeit 22 Prozent der Frauen in Tech-Jobs. Gelänge es, diesen Anteil bis 2027 zu verdoppeln – geschätzt 3,9 Millionen zusätzliche Frauen in Tech-Berufen –, könnte das BIP in der EU um bis zu 600 Milliarden Euro steigen.

MINT-Berufe:

Für Frauen attraktiv machen.

- 1. Reframen** – Frauen im Technologiebereich ermöglichen, am Arbeitsplatz erfolgreich zu sein. Dazu gehören: gezielter Abbau von Vorurteilen, flexible Arbeitsmodelle, Kinderbetreuung, Kultur der Unterstützung.
- 2. Bindung** – Frauen einen Grund geben, in Tech-Rollen zu bleiben. Teil der Lösung könnte sein: Die Bindung weiblicher Talente als wichtigen Leistungsindikator für die Bewertung von Führungskräften einführen.
- 3. Umschichten** – Mehr Talente aus nicht traditionellen Talentpools entwickeln, Talente aus artverwandten Bereichen rekrutieren und technologische Fähigkeiten quasi intern weiterentwickeln.
- 4. Intensivieren** – Abbruchraten von MINT-Studiengängen verringern: Soll ein signifikanter Wandel gelingen, muss die Zahl der erfolgreichen MINT-Studienabschlüsse von Frauen erhöht werden.



Ausgewählte Quellen

Wachstum statt Stagflation:
Vorschläge für eine Rückkehr zur Angebotspolitik
Expertise im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)
von Prof. Dr. Jan Schnellenbach, Januar 2023

Statistisches Bundesamt, 2023

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, 2023

Women in tech:
The best bet to solve Europe's talent shortage
McKinsey, 2023

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2021
Bundesministerium der Finanzen, 2021

Impressum

Herausgeber: INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer: Oliver Zander

Kontakt: info@insm.de

Redaktion und Gestaltung: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Stand: März 2023



Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.